

Anfrage

Öffentlich

Datum

16. Sept. 08

Nummer

825/08

Absender		
DIE LINKE. im Rat der Stadt Platz der Deutschen Einheit 1 38100 Braunschweig		
Adressat		
Oberbürgermeister Dr. Hoffmann Platz der Deutschen Einheit 1 38100 Braunschweig		
Gremium	Sitzungstermin	
Rat	30. Sept. 08	
Betreff		
Privatisierung der Armutsbekämpfung hat versagt		

Die Braunschweiger Zeitung berichtete am 16. August 2008, dass lediglich 4.300 Kinder den Schulkostenfonds nutzen wollen. Da der mögliche Empfängerkreis im Januar von der Verwaltung mit rund 8.000 angegeben wurde, hätten somit lediglich 53,7% der Anspruchsberechtigten teilgenommen.

Weiterhin heißt es im Protokoll der Sitzung des Netzwerkes Schulkostenfonds vom 10.7.2008, dass „Stigmatisierungseffekte“ der Kinder, die den Fonds an Anspruch genommen haben, sich nicht ganz vermeiden ließen. Und in der Sitzung des Sozialausschusses am 11.9.2008 wurde von der Verwaltung mündlich ausgeführt, dass die Verteilaktion an einigen Schulen sehr gut und an anderen sehr schlecht verlaufen sei. Aber laut o.g. Protokoll sollen alle Schulen von Frau Hellert „eine Dankeskarte für das geleistete Engagement incl. Pralines, finanziert von Herrn Knapp“ erhalten.

Weiterhin heißt es in einem Schreiben des Stadtelterrates, dass Familien – die hier als „nennen wir es Grenzfälle“ bezeichnet werden – statt Schulmaterial eine „offene Sozialberatung“ erhalten sollen.

Vor diesem Hintergrund wird die Verwaltung gefragt:

- 1. Welche Stigmatisierungseffekte sind aufgetreten?**
- 2. In welcher Größenordnung sind diese „Stigmatisierungseffekte“ aufgetreten?**
- 3. Hat die Verwaltung Mittel für einen kommunalen Schulkostenfonds in den Haushalt 2009 eingestellt?**

Udo Sommerfeld
Fraktionsvorsitzender